

Tarifrunde

Äußerst schwierige Schlichtung

In der diesjährigen Tarifrunde des öffentlichen Dienstes hatten die ÖTV und die DAG eine Anhebung der Entgelte um 1,5% und beschäftigungssichernde Maßnahmen im finanziellen Umfang von 3% gefordert. Innenminister Kanther als Arbeitgebervertreter ist mit seinem Angebot den Gewerkschaften kaum entgegengekommen. Die von ihm vorgeschlagene Erhöhung der Löhne und Gehälter um 1,4% wird durch Kürzungen bei der Lohnfortzahlung und einen Abbau von Überstunden großenteils aufgezehrt; die geplante finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer an der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes würde die Entgelte insgesamt nominal sinken lassen. Zugleich wird von den Arbeitgebern eine Anpassung der Löhne im Osten an die im Westen Deutschlands abgelehnt.

Viele Teile von Kanthers Angebotspaket erscheinen sinnvoll. Dies gilt insbesondere für das Abrücken von der Vorreiterrolle des öffentlichen Dienstes bei der Angleichung der Entgelte in Ostdeutschland. Hiervon gingen lange Zeit falsche Signale für die Tarife in der Privatwirtschaft und damit auch für die Beschäftigung aus. Positiv ist auch die Absicht zu werten, eine zusätzliche Belastung der öffentlichen Kassen, die nach wie vor unter erheblichem Konsolidierungsdruck stehen, zu vermeiden.

Die große Diskrepanz zwischen den Forderungen der Gewerkschaften und dem Arbeitgeberangebot erschwert das nun laufende Schlichtungsverfahren erheblich. Knackpunkt werden zweifellos die geplanten Änderungen in der Zusatzversorgung sein. Ein finanzieller Beitrag der Arbeitnehmer hierzu ist – erstmals nach 25 Jahren – jedoch mit Blick auf die vielen anderen Arbeitnehmer, die keinen Anspruch auf eine zusätzliche Altersrente haben, durchaus vertretbar. Die vorgesehene Höhe des Finanzbeitrages von 0,8% des Bruttoentgelts wird allerdings für eine nachhaltige Sicherung der Zusatzversorgung nicht ausreichen. sp

Gewerkschaften

Erfolg zweifelhaft

Mit der Verabschiedung einer Plattform über den zeitlichen Verlauf ihrer Reformpläne haben die Vorsitzenden der Gewerkschaften Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Handel, Banken und Versicherungen (HBV), Deutsche Postgewerkschaft (DPG), iG Medien, Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der DAG ihre Absicht zu einem Zusammenschluß

zu einer Dienstleistungsgewerkschaft ab dem Jahre 2000 bekräftigt. Damit entstünde nicht nur in Deutschland, sondern weltweit die mitgliederstärkste Gewerkschaft. Nach dem derzeitigen Mitgliederstand würden der zukünftigen Dienstleistungsgewerkschaft 4,1 Mill. Arbeitnehmer angehören und damit 38% aller deutschen Gewerkschaftsmitglieder. Durch den Zusammenschluß erhoffen sich die Gewerkschaftsfunktionäre eine effizientere Betreuung und eine schlagkräftigere Durchsetzung der immer differenzierter werdenden Interessen der Beschäftigten. Daran schließt sich auch die Hoffnung an, neue Mitglieder in dem schwach organisierten Bereich der Dienstleistungen zu gewinnen.

Sicherlich ist eine Reform der Gewerkschaften in ihren seit nunmehr fast fünf Jahrzehnten unveränderten Strukturen erforderlich, um den neuen Anforderungen in der Gestaltung der Arbeitswelt und den tariflichen Auseinandersetzungen begegnen zu können. Ob für den Erfolg allein die Konzentration zu einer zwar mitgliederstarken, aber sehr heterogenen Mammutgewerkschaft ausreicht, erscheint doch zweifelhaft. Machtvoll ist eine Gewerkschaft vor allem, wenn es ihr gelingt, ihre Mitglieder in einer tariflichen Auseinandersetzung zu solidarisieren, um Druck auf die Arbeitgeber zur Durchsetzung ihrer Forderung auszuüben. Gelingt dies nicht, bliebe von der Fusion eine stärkere Macht gegenüber den anderen Einzelgewerkschaften übrig, die sich allerdings in internen Streitereien der künftigen Dienstleistungsgewerkschaft rasch verflüchtigen könnte. dw

EU-Strukturfonds

Ein Osteuropa-Sparstrumpf?

In Zeiten leerer öffentlicher Kassen erscheint es wie ein Märchen. Aber Tatsache ist, daß die EU zur Zeit über zu viel Geld verfügt, da die Mitgliedstaaten Strukturfondsmittel der Union nicht abrufen. Teilweise finden sich nicht genügend geeignete Projekte, teilweise scheuen die Mitgliedstaaten auch die für Strukturfondsmaßnahmen erforderliche nationale Kofinanzierung.

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlamentes schlägt vor, die angesammelten Reserven nicht nach Ablauf der Förderperiode an die Mitgliedstaaten zurückzuerstatten, sondern sie für die Heranführung der Mittel- und Osteuropäischen Beitrittskandidaten an die EU zu verwenden. Diese Idee ist plausibel, schließlich ist der finanzielle Bedarf der Beitrittskandidaten, vor allem in den Bereichen Umweltschutz und Infrastruktur beträchtlich, sie birgt jedoch eine große Gefahr. Für die Zeit nach 2000 sind

die EU-Finanzplanungen für die Struktur- und Agrarpolitik aufgrund der anstehenden Osterweiterung knapp kalkuliert und – besonders in der Agrarpolitik – mit erheblichen Unsicherheitsfaktoren behaftet. Einerseits entsteht hierdurch ein – aus ökonomischer Sicht höchst willkommener – Reformdruck. Andererseits ist aber auch politischer Gegendruck im Hinblick auf höhere Ausgaben geradezu vorprogrammiert.

Eine allgemein verfügbare finanzielle Reserve stellt in diesem Zusammenhang natürlich eine Einladung für „Nachbesserungen“ dar. Bei den für die Einrichtung eines Osteuropa-Sparstrumpfes im Europäischen Rat erforderlichen formalrechtlichen Änderungen muß also sichergestellt sein, daß er nicht dazu dient, Kürzungen in den Gemeinschaftspolitiken für die derzeitigen Mitgliedstaaten zu kompensieren. rm

AKP-Staaten

Verlust von Besitzständen?

Die Pläne der Europäischen Union, mit den AKP-Staaten und anderen Entwicklungsländern unter dem Dach eines globalen Abkommens drei regionale Abkommen auszuhandeln, stoßen auf den Widerstand insbesondere der 15 Länder der Karibischen Gemeinschaft. Nach den Vorschlägen der Europäischen Union sollen künftig die regionalen Abkommen allen Entwicklungsländern je nach Bedarf und je nach Qualifikation für eine Entwicklungszusammenarbeit mit der Europäischen Union offenstehen. Demgegenüber verlangen die 71 Entwicklungsländer der AKP-Staaten, daß sich, wie in den vorangegangenen Verhandlungsrunden, die 16 Mitgliedsländer der Europäischen Union zunächst untereinander und dann in einer zweiten Phase gemeinsam mit ihnen über die Grundsätze der weiteren besonderen Entwicklungszusammenarbeit beraten.

In ihrer Ablehnung gehen die AKP-Staaten weniger von den nicht immer erfreulichen Erfahrungen mit dem herkömmlichen Verhandlungsverfahren aus. Üblich war es, daß diese Länder nach eigenem Bekunden in die Rolle des Bittstellers abgedrängt wurden, der vor der Tür des Verhandlungssaales warten mußte, bis sich die EU-Mitgliedsländer nach langen Verhandlungen auf ein Finanzierungskonzept einigen konnten. Die AKP-Staaten halten vielmehr an der Konzeption der bisherigen engen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit fest, die jedoch seit dem Umbruch in Osteuropa und seit der Globalisierung von Politik und Wirtschaft kaum noch diese Bezeichnung verdient.

Die Ablehnung seitens der AKP-Staaten erklärt sich durch die Furcht vor dem Verlust von Besitzständen. Wird der Mitgliederkreis der bisherigen Abkommen mit besonderen Handelspräferenzen nämlich für alle Entwicklungsländer in Richtung einer umfassenden Freihandelszone geöffnet, so müssen die Finanzmittel der EU für die Entwicklungszusammenarbeit – die vom Umfang her kaum noch zu erhöhen sind – auf mehr Empfängerländer verteilt werden. mck

Japan

Finanzpolitik in der Zwickmühle

Die japanische Wirtschaftspolitik wird wie auf dem jüngsten Treffen der G7-Staaten in London wegen eines Mangels an weltwirtschaftlicher Verantwortung stark kritisiert. Bei lahmender Konjunktur in Japan und wieder kräftig steigenden japanischen Außenhandelsüberschüssen werden die bisher ergriffenen Maßnahmen zur Konjunkturstimulierung und Marktöffnung als unzureichend eingestuft, um zu einer Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Nachbarstaaten beizutragen. Da die Geldpolitik schon seit langem sehr expansiv angelegt ist, trifft dies insbesondere die Finanzpolitik der japanischen Regierung. Sie war im vergangenen Jahr auf einen verschärften Konsolidierungskurs übergegangen, der aber die Stärke der Konjunktur überschätzte und wesentlich dazu beitrug, die wirtschaftliche Expansion zum Erliegen zu bringen. Der Budgetentwurf für das im April beginnende Haushaltsjahr sah zudem noch weitere Sparmaßnahmen vor.

Unter dem Druck in- und ausländischer Kritik kam es erst spät zu einem Umdenken. Seit dem November des vergangenen Jahres wurden mehrere Maßnahmenpakete verkündet, von denen aber bisher nur die Beschlüsse vom Dezember über – allerdings befristete – Steuersenkungen und vorgezogene Staatsausgaben im Umfang von etwa einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts einen merklichen konjunkturellen Impuls versprechen. Ein weiteres Ankurbelungsprogramm ist nun in der Diskussion, das substantiellere Wirkungen haben soll. Damit ist die gesetzliche Verpflichtung zu einer Reduzierung des Haushaltsdefizits der Gebietskörperschaften von erwarteten 5½% für das vergangene Jahr auf 3% des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 2003 wohl nur schwer einzuhalten. Selbst wenn dies gelänge, würde nach Berechnungen der OECD die Bruttostaatsverschuldung noch weiter – auf über 100% des Sozialprodukts – steigen. Eine Konsolidierung wird daher mittel- und langfristiger um so dringlicher. cr